

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand

Beratungen im Zeichen der Einkommensrunde

Gäste von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, der DBV Deutsche Beamtenversicherung und der bta digital GmbH

Mit umfangreichen Tagesordnungen trafen sich die Mitglieder von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz am 13. November 2023 in Bad Kreuznach.

> Ländereinkommensrunde

Dabei ging es schwerpunktmäßig um die laufende Ländereinkommensrunde. Nachdem die Arbeitgeberseite zu Beginn des Monats erneut kein Angebot am Verhandlungstisch in Potsdam gemacht hatte, fanden nicht nur die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter in den beiden dbb Landesgremien ein Ventil für ihren Ärger.

Angekündigt wurde im Rahmen der allgemeinen Warnstreikfreigabe durch den dbb bund von der Landesleitung und der dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz die Durchführung einer Warnstreik- und Protestdemonstration in Mainz am 4. Dezember 2023. In Kooperation mit dem Geschäftsbereich Tarif, mit dessen Warnstreikaufruf in den Sitzungen bereits gerechnet wurde, wollte der Landesbund allen Landesbeschäftigten und auch den Landes- sowie Kommunalbeamtinnen sowie den entsprechenden Versorgungsempfängerinnen und -empfängern die Möglichkeit bieten, ihrem Unmut über die Blocka-



> Vorstand des dbb rheinland-pfalz in Bad Kreuznach.

dehaltung der Arbeitgeberseite, ihrem Ärger über ausstehende Gehaltsanpassungen angesichts der nach wie vor strammen Inflation und ihrem Zorn über bislang nicht gehörte Forderungen Luft zu machen in großer Gruppe in der Landeshauptstadt. Parallel wurde eine Entschließung zur Einkommensrunde einstimmig verabschiedet, die wir im Anschluss an diesen Text abdrucken.

> Beihilfebearbeitungszeiten

Ebenso einstimmig wurde eine Resolution zur nach wie vor dringend nötigen Verkürzung der Bearbeitungszeiten für Beihilfeanträge verabschiedet, die wir ebenfalls dokumentieren im Wortlaut. Zu diesem Thema schäumen die betroffenen Einzelmitglieder des dbb rheinland-pfalz schon seit längerer Zeit und der dbb rheinland-pfalz ist seit Monaten aktiv, um Verbesserungen zu erwir-

ken. So kam es zur ministeriellen Ankündigung von zehn zusätzlichen Stellen für das Beihilfenzernat im Landesamt für Finanzen. Aber seither ist eine Verschlechterung der Bearbeitungszeiten eingetreten, die nun unbedingt abgestellt gehört.

Im Hauptvorstand konnte dbb Landeschefin Lilli Lenz drei Gäste begrüßen:

> Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz

Heike Troue, Vorständin der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz, stellte ihre Organisation samt Serviceportfolio in einem konzentrierten Vortrag vor und warb für die Multiplikation dieser Information sowie für die Nutzung der vielfältigen Beratungsangebote.

Von den Organisations- und Strukturgrundlagen ging es über eine Darstellung der Bera-

tungs- und Informationsangebote der Verbraucherzentrale zum kürzlichen Rekordanstieg bei den Kontakten in 2022: Über 128 000 Informations- und Beratungskontakte konnte die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz 2022 verzeichnen, ein Anstieg um 34 Prozent. Am



> Verbraucherzentrale zu Gast: Vorständin Heike Troue (rechts).

meisten beraten wurde im Themenbereich Energie und Bauen, die meisten Beschwerden von Nutzern gab es im Themenfeld Verbraucherrecht. Entlang der inhaltlichen Fach-

bereiche der Zentrale gab Heike Troue dann auch Beispiele erfolgreicher Verbraucherschutzarbeit und -politik.

> **DBV Deutsche Beamtenversicherung**

Für die DBV Deutsche Beamtenversicherung trat Roland Hipke auf, seit Kurzem dort Direktionsbevollmächtigter für den öffentlichen Dienst mit Zuständigkeit für Rheinland-Pfalz. Er stellte sich als Ansprechpartner für Mitglieds-gewerkschaften und -verbände des dbb Landesbundes vor sowie als Kontaktperson für die Vermittlung von Beratungs- oder Vortragsleistungen.



> Lilli Lenz mit DBV-Direktionsbevollmächtigtem Roland Hipke.



> Michelle Schmidt (bta digital GmbH) und dbb Landesvize Hans-Dieter Gattung.

> **dbb zukunftsnetzwerk.digital**

Zur Präsentation des aktuellen Standes des Web-App-Projekts dbb zukunftsnetzwerk.digital trat Michelle Schmidt von der bta digital GmbH auf. Sie erläuterte das Konzept der neuen gewerkschaftlichen Vernetzungsmöglichkeit sowie seine Vorzüge. Geboten wird passgenaue, fachgewerkschafts-übergreifende, aber mitgliederschaftsinterne Informations- und Serviceangebotsverteilung. Über Organisationsebenen im dbb hinweg wird sich das Netzwerk Social-Media-artig zu einem dicken Nach-

richten-, Kommunikations- und Dienstleistungsplus für Mitglieder auswachsen, was am besten funktioniert mit vielen teilnehmenden Gewerkschaften und vielen registrierten Nutzerinnen sowie Nutzern. Michelle Schmidt stellte sich als Ansprechperson in der Kundenbetreuung des Netzwerkprojekts vor.

> **Sebastian Paschek verabschiedet**

Ehrend verabschiedet aus dem Hauptvorstand und dem Vorstand wurde Sebastian Paschek, ehemaliger Betriebsgruppenleiter der Mediengewerkschaft VRFF – Vereinigung der Rundfunk-, Film- und Fernseh-schaffenden – beim ZDF. Lilli Lenz dankte ihm für seine Gremienarbeit, seine Debattenbeiträge und seine Leistungen als Medienkontaktperson in der Hoffnung, dass er als erfahrener Gewerkschafter weiterhin „in der Nähe“ bleibt.

> **Interne Sitzung**

Berichte aus den Gremien des dbb bund, aus der dbb arbeit-



> Sebastian Paschek sagt „Auf Wiedersehen!“

nemmervertretung rheinland-pfalz, der dbb landesfrauen-vertretung rheinland-pfalz, der dbb jugend rheinland-pfalz, dem Arbeitskreis Seniorenpolitik und dem Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften sowie aus den gebietlichen Untergliederungen und Mitglieds-gewerkschaften rundeten den Lagebericht im Hauptvorstand ab, die nötigen Haushalts-beschlüsse wurden gefasst.

Die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand finden statt am 3. Juni 2024 in Mainz im Zusammenhang mit dem Gewerkschaftstag des dbb rheinland-pfalz, der am Folgetag beginnen wird. ■

Hauptvorstand am 13. November 2023 Aufbruch statt Stillstand!

Einstimmig verabschiedete Entschließung zur Ländereinkommensrunde 2023

Mit Blick auf die außerordentlich schwierige Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L: Die dbb Forderungen liegen auf dem Tisch.

Die dritte, mangels Schlichtungsvereinbarung womöglich entscheidende Verhandlungsrunde findet Anfang Dezember statt. Bislang haben die Arbeitgeber nur Steine statt Brot angeboten.

Wir sagen: Schluss mit der Verweigerungshaltung! Wir erwarten von der Arbeitgeber-

seite Verhandlungsbereitschaft sowie faires und zügiges Eingehen auf unsere Forderungen. Wir bekräftigen die Tarifforderungen und -erwartungen des dbb, die plakativ zusammengefasst sind im Slogan „10,5 Prozent, 500 Euro mindestens, Laufzeit zwölf Monate“.

Diese Forderungen und Erwartungen sind berechtigt und begründet. Der stufengleiche Aufstieg in den TV-L-Entgeltgruppen muss unseres Erachtens zusätzlich im Blick der Tarifvertragsparteien bleiben.

Wir brauchen Aufbruch statt Stillstand! Sonst wird das nichts mit einem zukunfts-festen öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz.

Wir fordern von den öffentlichen Arbeitgebern, der Landesregierung und dem Besoldungsgesetzgeber, dass

- der verlorene Boden bei den Beschäftigten im Konkurrenzkampf ums Personal wieder gutgemacht wird durch ein attraktives Verhandlungsergebnis,

- das Ländertarifergebnis sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Besoldung der Landes- sowie Kommunal-beamtinnen/-beamten übertragen wird zugunsten der Angehörigen des aktiven Dienstes,

- das Ländertarifergebnis sehr zügig zeitgleich und systemgerecht auf die Versorgung der Landes- sowie Kommunal-beamtinnen/-beamten übertragen wird zugunsten der Pensionärinnen, Pensionäre und Hinterbliebenen,

- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes die wertschätzende Anerkennung bekommen, die sie verdienen.

Details unter <https://www.dbb.de/einkommensrunde> ■

Hauptvorstand am 13. November 2023

Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen verkürzen!

Einstimmig verabschiedete Entschließung zum Fürsorgeprinzip

Seit gut zwei Jahren erreichen uns verstärkt Beschwerden von Beihilfeberechtigten im Landesdienst über viel zu lange Bearbeitungszeiten ihrer Anträge.

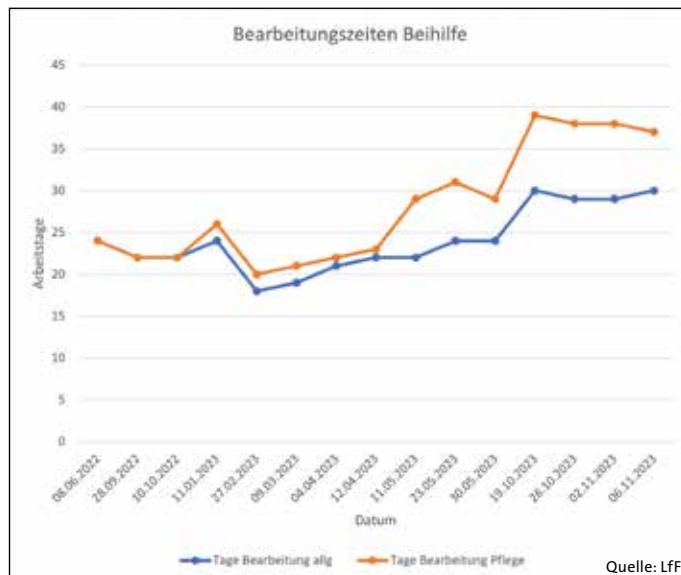
Nach zahlreichen Kontakten zu Landesregierung und Landespolitik und anfänglicher strikter Weigerung wurde im Sommer auf unsere dringende Forderung nach mehr Personal im Beihilfenzernat des Landesamtes für Finanzen eingegangen: Zehn zusätzliche Stellen sind in der Dienststelle vorgesehen, um wieder zu erträglichen Bearbeitungsdauern kommen zu können.

Leider hat sich die Situation aber weiter verschlechtert.

Das ist untragbar.

Die Beihilfeberechtigten müssen viel zu lange auf Bescheide und Beihilfe warten.

Während im Frühsommer für allgemeine Beihilfeanträge eine



Bearbeitungszeit von 24 Arbeitstagen ausgewiesen wurde, sind es aktuell 30 Arbeitstage (Stand: 19. Oktober 2023).

Das entspricht sechs Wochen.

Bei den Anträgen auf Beihilfe mit Pflegebezug stieg die Bearbeitungsdauer von 29 Arbeitstagen auf aktuell 39 Arbeitstage.

Das entspricht fast acht Wochen.

Mitglieder berichten uns, dass sie noch länger auf die Bearbeitung und damit auf den überwiegenden Teil ihres Aufwendersatzes für in Anspruch genommene Leistungen im Krankheitsfall warten und das Kostenrisiko bei abgelehnten Rechnungspositionen

tragen müssen, während bei den Leistungserbringern meist nur zweiwöchige Zahlungsziele gelten.

So kann es nicht weitergehen.

Wir gehen wie bisher davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Beihilfestellen unter den aktuellen Maßgaben in Auslastung ein vergleichsweise hohes individuelles Pensum schaffen mit höchstem persönlichem Einsatz.

Das Personal insbesondere im Beihilfenzernat des Landesamtes für Finanzen (originär und zugeordnet) arbeitet schon viel zu lange an der Belastungsgrenze.

Wir dringen weiterhin auf zügige, wirkungsvolle Problemlösung.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für akzeptable Bearbeitungszeiten zu sorgen.

Kostendämpfungspauschale

Legislativeingabe zurückgewiesen

Petentin erhält Abschlussnachricht

Die durch eine Online-Petition über die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz im Frühjahr von der dbb Kreisvorsitzenden Monika Petroschka eingereichte Legislativeingabe „Abschaffung der Kostendämpfungspauschale“ ist im Petitionsausschuss des Landtages wegen mangelnder Einvernehmlichkeit zurückgewiesen worden.

Monika Petroschka erhielt entsprechende Schreiben der Landtagsverwaltung und der Bürgerbeauftragten zum Abschluss des Petitionsverfahrens.

Am 19. September 2023 hat der Petitionsausschuss getagt und bewertete dabei die in der Sache vor dem Hintergrund von 12 730 Online-Mit-

zeichnungen zur Petition durchgeführte Anhörung vom 11. Juli 2023 nicht öffentlich.

Laut Landtagsverwaltung sah der Ausschuss „nach Abwägung der verschiedenen Positionen derzeit keine Möglichkeit, das Anliegen und damit den Rechtsänderungsantrag zu unterstützen“.

Mit einem weiteren Schreiben erfolgte die Übersendung der ablehnenden fachministeriellen Einschätzung vom Ministerium der Finanzen durch die Landtagsverwaltung, weil diese für das Abwägungsergebnis im Ausschuss wohl maßgeblich war.

Fazit: 12 730 Mitzeichnungen bewirken nichts, wenn die

Mehrheitsverhältnisse im Landtag so sind, wie sie eben sind, und kein politischer Veränderungs-wille generiert werden kann.

Die privat lancierte Petition entsprach im Kern der gewerk-

schaftlichen Forderung, die wir im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens um einen entsprechenden Gesetzentwurf der oppositionellen CDU-Landtagsfraktion (LT-Drucksache 18/3155) im Haushalts- und Finanzaus-

schluss des Landtages am 6. September 2022 vorgetragen hatten: Abschaffung der Pauschale. Der Gesetzentwurf wurde am 24. November 2022 im Plenum des Landtages mit den Stimmen der Ampelkoalition allerdings abgelehnt.

Dabei wäre die Streichung der Pauschale aus Gewerkschaftssicht nicht übermäßig teuer, dabei aber ein dringend notwendiger Meilenstein in Sachen Personalwertschätzung, -akquise und -bindung. ■

Arbeitskreis Seniorenpolitik

Ernstes Thema Demenz im Mittelpunkt

Herbstsitzung in Mainz

Am 9. November 2023 hielt Uschi Wihr vom Demenzzentrum Trier e. V. im Rahmen des Projekts „Demenz Partner“ der Deutschen Alzheimer Gesellschaft im Arbeitskreis Seniorenpolitik des dbb Rheinland-pfalz einen sehr informativen Vortrag zum Thema Demenz sowie zum Umgang damit.

Das Referat trug den Titel „Demenzkrank – na und? – Das Verhalten demenz-erkrankter Menschen besser verstehen“.

Die Diplom-Sozialpädagogin, Gerontologin und Krankenschwester Uschi Wihr vermittelte dabei wichtige Grundlagen zur Aufklärung über Demenzerkrankungen, untermauert mit persönlichen Erfahrungsberichten. Die Sensibilisierung für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen stand dabei im Fokus. Es ging dabei insbesondere um Verhaltens- und Kommunikationsstrategien für einen guten Umgang mit Erkrankten.

Kompaktkursteilnehmer, also Demenz Partnerinnen und Partner, werden so zu Multiplikatoren und können mit-helfen, den gesellschaftlichen Blick auf Demenz und die damit für Betroffene einhergehenden Einschränkungen sowie die für das Betroffenen-



> Arbeitskreis Seniorenpolitik um Uschi Wihr (Mitte) vom Demenzzentrum e. V., Trier.

umfeld entstehenden Folgen zu weiten.

In diesem Sinne kamen die Ausführungen der fachkundigen Referentin sehr gut im Arbeitskreis an, auch deshalb, weil der Vortrag aus dem wahren Leben gegriffen und sehr verständlich gestaltet war.

Weitere Themen Bundesseniorenkongress, Einkommensrunde der Länder und Beihilfe

Der Vorsitzende des Arbeitskreises, dbb Landesvize Robert Tophofen, berichtete im Anschluss vom 3. Bundes-seniorenkongress der dbb bundesseniorenvertretung – „Zukunft. Mit uns. Für alle.“ (Vergleiche Bericht in diesem Heft).

Eindringlich forderte der Arbeitskreischef dazu auf, insbesondere aus der im Ruhestand befindlichen Einzelmitgliedschaft möglichst viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die im Rahmen der Ländertarifrunde vom Landesbund in Kooperation mit dem dbb Geschäftsbereich Tarif für den 4. Dezember geplante Warnstreik- und Protestdemonstration zu gewinnen. Nachdem die zweite TV-L-Verhandlungsrunde Anfang November ergebnislos verlaufen sei, müsse nun mit Macht sichtbar auf die Straße gegangen werden, um Druck für einen guten Abschluss zu machen. Das gehe auch Versorgungsempfänger und -empfängerinnen an, denn das Tarifergebnis müsse sodann auch zeit- und inhalts-

gleich auf die Beamtenversorgung und -besoldung übertragen werden. Damit seien alle Statusgruppen des öffentlichen Personals angesprochen, und zwar sowohl Aktive als auch Ruheständler.

Außerdem diskutierten die Arbeitskreismitglieder energisch die nach wie vor viel zu langen Bearbeitungszeiten von Beihilfeanträgen beim Landesamt für Finanzen und unterstützten dazu einen fordernden Entschließungsvorschlag, den die dbb Landesleitung wenige Tage später dem Hauptvorstand zur Verabschiedung unterbreitete.

Am 16. Mai 2024 soll die nächste Arbeitskreissitzung stattfinden. ■